

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Abg. Harbich (CDU) über die Reise einer Kommission des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge in die Türkei, es sei eine sehr informative und schöne Reise gewesen, obwohl die Programmdichte zu gewissen Strapazen geführt habe; offensichtlich seien die Verkehrsverhältnisse und die Entfernungen ein wenig unterschätzt worden.

Hervorheben wolle er vor allen Dingen die außerordentliche Freundlichkeit der Gastgeber, das manchmal geradezu stürmische Verlangen, mit Deutschland wieder in intensivere und bessere Beziehungen einzutreten, und die Erwartung, daß die Türkei von deutscher Seite als ein europäisches Land und die Türken als europäische Mitbürger betrachtet würden. Dabei sei von türkischer Seite durchaus Verständnis dafür signalisiert worden, daß es bei einer solchen Dichte des Zusammenlebens von Deutschen und Türken, wie sie in der Bundesrepublik festzustellen sei, nicht ganz konfliktfrei zugehen könne. Es seien auch die Leistungen der Bundesrepublik im Hinblick auf das Bemühen zur Integration gewürdigt worden, das anfangs offensichtlich in der Richtung mißverstanden worden sei, daß man davon ausgegangen sei, daß nicht Integration, sondern Assimilation angestrebt werde. Gerade in diesem Bereich seien Gespräche vonnöten, die man von türkischer Seite auch angeboten habe.

Der Ausschuß sollte einmal überlegen, ob er im Hinblick auf Aus- und Weiterbildung von türkischen Mitbürgern im beruflichen Bereich nicht mehr auch in Richtung auf Patenschaften und auf einen intensiveren Meinungsaustausch tun könne.

Der Vorsitzende meint, die Anregungen des Abg. Harbich sollten bald einmal im Kreise des Vorsitzenden, des stellv. Vorsitzenden und der Sprecher der Fraktionen erörtert werden, um dann dem Ausschuß entsprechende Vorschläge machen zu können. - Der Ausschuß ist damit einverstanden.

Der Vorsitzende fährt fort, in der vorletzten Woche habe es einige Diskussionen darüber gegeben, daß das Ministerium den Gesamtüberblick über den Entwurf des Einzelplans 07 - Vorlage 10/569 - in einer großen Zahl im Landtag angeliefert und in alle Fächer habe legen lassen, mit der Folge, daß eine Reihe

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

von Exemplaren dieses Bandes, dessen Herstellung einiges kostete, im Papierkorb gelandet sei. In diesem Zusammenhang habe es das Gerücht gegeben, der Ausschußassistent habe veranlaßt, daß der in Rede stehende Band in einer so immensen Anzahl bereitgestellt werde. Dies treffe allerdings nicht zu.

In einem Schreiben vom 7. Juni 1985 des Direktors beim Landtag unter anderem auch an den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales sei zu lesen, bei der Übersendung der Materialien sei generell folgende Auflagenhöhe erforderlich: für alle Mitglieder des Landtags 300 Exemplare, für einen Ausschuß 100 Exemplare, für zwei Ausschüsse 150 Exemplare. Würden drei Ausschüsse angesprochen, empfehle es sich, zur Verwaltungsvereinfachung insgesamt 300 Exemplare anzuliefern.

An den Beratungen über den Einzelplan 07 seien drei Ausschüsse beteiligt: der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge, der Ausschuß für Jugend und Familie und der Haushalts- und Finanzausschuß. Dennoch halte er, der Vorsitzende, die Anlieferung von 300 Exemplaren für derart überzogen, daß es sich empfehle, den Landtagsdirektor zu bitten, zu verhindern, daß unnötig Papier fabriziert werde.

Abg. Arentz (CDU) ist damit einverstanden, bittet aber sicherzustellen, daß für jede Fraktion einige Überstücke zur Verfügung ständen, die an Interessierte weitergegeben werden könnten.

Der Ausschuß bittet den Vorsitzenden, entsprechend zu verfahren.

Abg. Arentz (CDU) moniert, daß die in der 17. Sitzung des Ausschusses vor zwei Wochen zugesagte schriftliche Antwort auf seine Frage in der Aktuellen Viertelstunde, betreffend Kassen- und Haushaltsabschluß 1985, Vorlage 10/468 des Finanzministers zu den Ausgaberesten bei Kap. 07 070 Titelgruppe 60 - Förderung von Krankenhäusern und gleichgestellten Einrichtungen nach dem KHG -, noch nicht vorliege.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß in der o. a. Sitzung vereinbart worden sei, daß die Antwort auf die Frage dem Protokoll als Anlage beigefügt werde. Das Protokoll über die letzte Sitzung aber liege noch nicht vor. Er bittet, dafür zu sorgen, daß die Antwort Abg. Arentz so schnell wie möglich zugehe.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-umm

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1987

Der Vorsitzende verweist auf das Schreiben vom 23. September dieses Jahres, aus dessen Anlage sich der geplante Ablauf der Haushaltsberatungen des Ausschusses ergebe. Für die heutige Sitzung seien die Einführung in den Einzelplan 07 durch den Minister, die Diskussion darüber und die Beratung des Personalhaushalts vorgesehen. Des weiteren macht er auf den Gesamtüberblick über den Entwurf des Einzelplans 07 - Vorlage 10/569 - aufmerksam.

Die ausführliche schriftliche Einführung in den Einzelplan 07 - Vorlage 10/581 - ergänzend, führt der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Heinemann, aus:

Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade für Sozialpolitiker sind Haushaltsverhandlungen immer eine schwierige und oftmals unbefriedigende Angelegenheit. Denn insgesamt gesehen gibt es so viele soziale Wünsche und so viele soziale Notwendigkeiten, wie sie kein Finanzminister selbst bei bester Kassenlage auf einen Schlag erfüllen könnte. Um so schwieriger ist das bei einer zugegeben schwierigen Haushaltssituation. Natürlich wollen wir alle unseren Beitrag zur notwendigen Haushaltskonsolidierung leisten. Doch gerade als Sozialpolitiker wissen wir auch, wieviel wir trotz des schon jetzt in unserem Land erreichten hohen Niveaus unserer sozialen Sicherung noch machen wollten, wenn wir es denn könnten.

Zwischen beiden Zielen, nämlich der Haushaltskonsolidierung und der weiteren Steigerung unserer guten sozialen Leistungen, führt dann nur ein schmaler Pfad, der von uns eine deutliche Prioritätensetzung erfordert. Gerade in Wahlkampfzeiten, in denen wir nun stehen, wird um diese Prioritätensetzung sehr viel Lärm und Streit entfacht. Bei allem Lärm und Streit bitte ich aber alle Sozialpolitiker, sich gegenseitig nicht die Redlichkeit bei der sozialen Schwerpunktsetzung abzusprechen; zumindest sollte man das hier im Ausschuß beachten.

Die sozialen Schwerpunkte, die die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für den Haushalt 1987 gesetzt hat, sind auch und vor allem von den persönlichen Erfahrungen geprägt, die ich in den zurückliegenden Monaten persönlich gemacht habe. In dieser Zeit habe ich sehr viele Arbeitslosentreffs, sehr viele Beschäftigungsinitiativen und zahlreiche Ausbildungsstätten besucht. Und

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

bei aller Freundlichkeit und oftmals Fröhlichkeit, die ich dort empfang, habe ich selten soviel geballte Hoffnungslosigkeit empfunden wie bei diesen Begegnungen:

- Männer und Frauen, die seit zwei Jahren und länger ohne Arbeit waren,
- Jugendliche, die nach 30 Bewerbungen und mehr ohne Ausbildungsplatz geblieben sind - insgesamt werden es ja wohl auch in diesem Herbst mit der Warteschleife wieder über 30 000 sein -,
- Mädchen und Jungen, gut ausgebildet, die ohne Hoffnung auf eine Übernahme in ein festes Beschäftigungsverhältnis waren.

Abgesehen von der persönlichen Betroffenheit, die man in den zahlreichen Gesprächen empfindet, bleibt die Sorge, daß sich durch diese Hoffnungslosigkeit auf Arbeit einmal ein sozialer Sprengstoff ansammeln könnte, der uns in späteren Zeiten außer Kontrolle geraten könnte. Nicht zuletzt deshalb habe ich in den Haushaltsvorbereitungen auch persönlich darauf Wert gelegt, daß im Haushaltsjahr 1987 wieder einmal die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der zentrale Schwerpunkt sein muß.

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, die Sie dem vorliegenden Erläuterungsband zum Einzelplan 07 entnehmen können, will ich auf zwei zentrale Positionen hinweisen, die die Anstrengungen der Landesregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch durch unseren Haushalt nachdrücklich unterstreichen:

- So wird das Landesprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit 700 Millionen DM - 450 Millionen DM Baransatz, 250 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen - erneut einen unvergleichlich hohen Förderungsstand haben, wie er von keinem anderen Bundesland erreicht wird. Wir hoffen damit rund 16 000 Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden eine Beschäftigungsmöglichkeit zu schaffen.
- In diesen Zusammenhang gehören auch die 800 Millionen DM, die wir in unserem Haushalt 1987 für Krankenhausbauten zur Verfügung stellen. Wenn Sie bedenken, daß wir für den Krankenhausbaubereich mit der Faustformel rechnen, daß 1 Million DM Investition etwa 20 Arbeitsplätze sichert, können wir mit den 800 Millionen DM im nächsten Jahr rund weitere 16 000 Arbeitsplätze schaffen.

In diesem Zusammenhang müssen Sie auch zwei neue Institute sehen, die wir in diesem Jahr zum erstenmal fördern werden:

- die Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Oberhausen und

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

- das neu zu schaffende Institut "Arbeit und Technik", dessen Einrichtung der Ministerpräsident bereits in seiner Regierungserklärung im vergangenen Jahr angekündigt hat.

Beide Einrichtungen gehen auf die Grunderkenntnisse zurück, daß die neuen Technologien vor allem unsere Arbeitswelt grundlegend und tiefgreifend verändern werden. Gerade aus der Sicht eines Sozialpolitikers ist es ungeheuer wichtig, diese Veränderungen nicht nur in ihrem Ausmaß und in ihrem Gewicht möglichst abschätzen zu können, sondern auch zu wissen, welche sozialpolitischen Maßnahmen notwendig sind, damit bei rasantem technischen Fortschritt die menschliche Arbeitskraft nicht unter die Räder gerät. Die Technologieberatungsstelle des DGB wird dabei in Fortsetzung ihrer schon bisher allseits anerkannten guten Arbeit die Arbeitnehmer und deren Vertreter in den Betrieben über die erkannten Auswirkungen neuer Technologien beraten. Das Institut "Arbeit und Technik", mit dessen Ausbau wir 1987 beginnen wollen, wird mit dazu beitragen, neue bisher noch nicht erkannte Auswirkungen moderner Technologien zu erforschen und aufzuzeigen. Es wird dazu für den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien auf die umfassende Vorarbeit unseres Programms "Sozialverträgliche Technikgestaltung" aufbauen können.

Betroffenheit, wenn auch ganz anderer Art als meine eingangs erwähnte persönliche Betroffenheit bei den Arbeitslosen, hat eine Initiative ausgelöst, die ich gerade im Zusammenhang mit den geplanten Krankenhausbauinvestitionen als einen Arbeitsschwerpunkt für 1987 erwähnen muß, nämlich das geplante neue Krankenhausgesetz. Ich will an dieser Stelle auch nicht im Detail auf gewisse aufgeregte Äußerungen zum Thema "Krankenhausfinanzierung" im allgemeinen und zu dem neuen Krankenhausgesetz im besonderen eingehen. Nur wenige Sätze dazu.

Wer öffentlich von einer "Verelendungsstrategie" zu Lasten der Krankenhäuser spricht, der sollte sich besser Zahlen und Fakten der Krankenhausfinanzierung der letzten Jahre ansehen - am besten die Zahlen aus den letzten 15 Jahren seit 1972, also seit Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes des Bundes.

Wer sich diese Zahlen ansieht, der wird erkennen, daß die Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber den Krankenhäusern in den letzten Jahren durchaus gerecht geworden ist. Tatsache ist nämlich: Unser Land steht in der Krankenhausfinanzierung im Ländervergleich positiv da. Seit 1972 haben wir den Krankenhäusern fast 15 Milliarden DM Landeshilfen gegeben, also rund 1 Milliarde DM im jährlichen Durchschnitt. Seit 1980 hat sich dieser jährliche Durchschnitt sogar auf über 1,1 Milliarden DM erhöht. Pro Einwohner geben wir mehr Geld für die Krankenhäuser aus als die meisten anderen Länder. Wir stehen damit vor vergleichbaren Flächenländern

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

wie Niedersachsen, Schleswig-Holstein und sogar Baden-Württemberg. Dies beweist die hohe Verantwortung der Landesregierung für das gesundheitliche Wohl unserer Bürger.

Noch ein Wort zu den von interessierter Seite aufgebauchten Zahlen des Investitionsstaus in den Krankenhäusern. Es sollte eigentlich bekannt sein, daß in allen Bundesländern, also nicht nur in Nordrhein-Westfalen allein, über einen Investitionsstau geklagt wird. Die Landesregierung hierfür verantwortlich zu machen, ist eine bewußte Verdrehung der Fakten. Unbestreitbare Tatsache ist doch, daß der Investitionsstau dadurch verursacht worden ist, daß der Bund über Jahre hinweg seine Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung gekürzt und daß sich die Bundesregierung ab dem 1. Januar 1985 total aus der Mischfinanzierung von Bund und Ländern verabschiedet hat. Unbestreitbare Tatsache ist auch, daß sich die Anmeldungen der Regierungspräsidenten für das letztjährige Krankenhausbauprogramm auf 3,2 Milliarden DM beliefen, in diesem Jahr aber nur noch 2,6 Milliarden DM betragen. Der Investitionsstau hat also nicht zugenommen, sondern ganz erheblich abgenommen, nämlich um 600 Millionen DM. Und wir erwarten einen noch weiteren Rückgang in erheblicher Höhe für das Jahr 1987.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu dem Entwurf zum Krankenhausgesetz für Nordrhein-Westfalen, das sich derzeit in Vorbereitung befindet. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle dazu nur folgendes sagen: Die internen Arbeiten innerhalb des Hauses sind noch nicht abgeschlossen. Nach Vorlage und Auswertung der zum Gesetzentwurf eingeholten Stellungnahmen der Ressorts werde ich insbesondere noch Gespräche mit den Kirchen führen. Und erst nach diesen Gesprächen wird entschieden werden können, welche Bestimmungen in welcher Form Eingang in die Vorlage des Entwurfs meines Hauses finden werden. Zu dem in die Öffentlichkeit getragenen Vorwurf, die Landesregierung bremse mit Blick auf den Januar-Termin die Arbeiten und derzeit werde ohne Rechtsgrundlage Bettenabbau betrieben, kann ich nur sagen: Dieser Vorwurf ist absurd; denn erstens befinden wir uns in zeitlicher Hinsicht im Gleichlauf mit der Mehrzahl der anderen Bundesländer, und zur Frage des Bettenabbaus ist zu sagen, daß die alten gesetzlichen Grundlagen so lange gelten, bis neue geschaffen werden. Und das bestehende Recht reicht hierfür bereits vollständig aus.

Lassen Sie mich nach diesem Exkurs zum Schluß noch einmal auf den Haushaltsentwurf 1987 zurückkommen und dabei auf zwei eher technisch anmutende Punkte verweisen, hinter denen durchaus politische Akzente stehen.

Das ist zum einen die Kostenerstattung an die Träger der Sozialhilfe gemäß § 6 Abs. 4 Flüchtlingshilfegesetz. Hinter dieser haushaltstechnischen Bezeichnung und neutralen Formulierung verbirgt sich das Asylbewerberproblem und seine Finanzierungsfolgen. Die

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Mehrzahl der Asylbewerber ist auf Sozialhilfe angewiesen. Während im Jahre 1980 rund 34 000 Asylbewerber Erstattungen in Höhe von rund 72,3 Millionen DM nach sich zogen, ist in diesem Jahr bei voraussichtlich zu erwartenden 25 000 bis 30 000 Asylbewerbern mit Sozialhilfeerstattungen von rund 260 Millionen DM zu rechnen. Wir hoffen, daß die in der vergangenen Woche erreichte Übereinkunft mit der DDR, "das Einfallstor Berlin-Schönefeld" zu schließen, die Zahl der Asylbewerber wirksam vermindern wird und somit langfristig eine finanzielle Entlastung eintritt. Wir müssen allerdings die Entwicklung abwarten.

Zum zweiten will ich Sie noch auf den Personalhaushalt verweisen. Nicht zuletzt wird auch hier bei den dort sichtbaren zusätzlichen Stellen ein Teil der sozialpolitischen Schwerpunktsetzung deutlich. So sind im Haushaltsentwurf 1987 zunächst einmal 15 neue Stellen für die beabsichtigte Errichtung des Instituts "Arbeit und Technik" ausgewiesen. Darüber hinaus haben wir noch für den Bereich Strahlenschutz drei zusätzliche Stellen ausgewiesen, was angesichts der Erfahrungen nach dem Reaktorunglück in der UdSSR unbedingt notwendig ist. Mit diesen drei Stellen und entsprechenden zusätzlichen Stellen im Haushalt des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft können wir die Strahlenmeßkapazitäten deutlich ausweiten.

Im übrigen ist der Grundsatz der Landesregierung, im Personalhaushalt 1987 ein Nullwachstum vorzusehen, im wesentlichen eingehalten. Erfreulich ist festzustellen, daß sich die in den Vorjahren beschlossenen Vermerke "künftig wegfallend" auszuwirken beginnen, so daß andere notwendige Freiräume, zum Beispiel die Einstellung von 15 Regierungsassistentenanwärtern in der Sozialgerichtsbarkeit, entstehen. - Weitere Detailausführungen zum Sach-, Personal- und Investitionshaushalt des Einzelplans 07 enthalten die Ihnen vorliegenden schriftlichen Unterlagen.

Ich hoffe, daß die schriftlichen und mündlichen Informationen deutlich machen, daß auch der Haushaltsentwurf 1987 ein zwischen finanzpolitischen Erfordernissen und sozialpolitischen Notwendigkeiten ausgewogener Finanzplan ist, der das hohe Niveau sozialer Einrichtungen in unserem Lande sichert und es in Teilbereichen noch weiter verbessert.

Abg. Arentz (CDU) kann die positive Wertung der Sozialpolitik in Nordrhein-Westfalen, die der Minister vorgenommen hat, in keiner Weise teilen. Tatsache sei, daß der vorgelegte Haushaltsentwurf in der Kette von Haushalten seit 1980 einen weiteren Schritt darstelle, der zum Abbau der sozialen Leistungen in Nordrhein-Westfalen führe. - Dies wolle er an nur wenigen Beispielen deutlich machen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Im Jahre 1980 seien für den Bereich der Altenerholung noch 10,7 Millionen DM im Haushalt eingestellt gewesen, während 1987 nur noch 7 Millionen DM dafür zur Verfügung stünden. Für die Einrichtungen der Altenhilfe seien 1980 noch 102 Millionen DM bereitgestellt worden; nunmehr wolle die Landesregierung mit 48,9 Millionen DM Fortschritt deutlich machen. Für die Behinderteneinrichtungen hätten 1980 noch 32,4 Millionen DM bereitgestanden; im kommenden Haushaltsjahr seien für diesen Zweck nur noch 20,4 Millionen DM vorgesehen. Auch bei relativ kleinen Etatpositionen wie der sozialen Betreuung der Vertriebenen seien die Etatansätze weiter heruntergegangen. - Wie dies alles sozusagen als ein Dokument des sozialen Fortschritts dargestellt werden könne, sei ihm schleierhaft.

Dabei entwickle sich das Haushaltsvolumen, was die Einnahmenseite angehe, einigermaßen erfreulich. Gegenüber 1986 sei im kommenden Jahr mit Mehreinnahmen von 3 Milliarden DM zu rechnen. Von diesen steuerlichen Mehreinnahmen finde man im Etat des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales einen Zuwachs von 162 Millionen DM, der lediglich für gesetzlich vorgeschriebene Ausgaben verwandt werde. Und das wiederum habe zur Folge, daß der Gestaltungsspielraum für Sozialpolitik in dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf gleich Null sei. Im übrigen gebe dies Minister Heinemann auch in der schriftlichen Einführung in den Einzelplan 07 zu, indem er sage, daß freie Finanzspitzen gar nicht oder nur begrenzt vorhanden seien.

Damit erweise sich der Haushaltsplanentwurf 1987 erneut als ein Dokument des finanzpolitischen Versagens der Landesregierung, mit der Folge, daß auch in der Sozialpolitik nichts mehr laufen könne. Er unterstelle, daß auch manchem Kollegen von der SPD das Herz blute, wenn er sehe, daß nichts getan werden könne, obwohl man wahrscheinlich gemeinsam der Auffassung sei, daß vieles getan werden müßte.

Minister Heinemann habe darauf hingewiesen, daß die Arbeitsmarktpolitik einen Schwerpunkt dieses Haushaltsplans darstelle. Dies sei allerdings auch schon in den letzten Jahren gesagt worden, ohne daß es geholfen habe. Im Gegenteil: Die Differenz zwischen der Arbeitslosigkeit im Lande und im Bund sei von 0,7 % im Jahre 1978 auf nunmehr 3,1 % angestiegen; der Rückstand des Landes habe sich damit in den letzten acht Jahren mehr als vervierfacht.

Bei den Beratungen des Haushalts 1986 im Ausschuß sei das Problem vieler Träger aufgegriffen worden, nach der einstimmig getroffenen Anordnung des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit, die Regelbegrenzung auf 80 % wieder schärfer ins Auge zu fassen, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen weiterhin durchzuführen. Wie man unter diesen Bedingungen die Etatposition zur Bezuschussung finanz-

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

schwacher Träger von 8 auf 5 Millionen DM reduzieren könne, sei vollkommen unverständlich, insbesondere wenn man außerdem berücksichtige, daß der Anteil Nordrhein-Westfalens an der Arbeitslosenquote im Bund bei 33 % liege, an den ABM aber nur bei 24 %.

Minister Heinemann habe sich sehr ausführlich mit dem Thema "Krankenhaus" befaßt; das sehe er, Arentz, als einen ersten Erfolg der Bemühungen der CDU an, dieses Thema in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken. Aus der Vorlage 10/569 gehe hervor, daß die Ausgaben für das Krankenhauswesen insgesamt gegenüber 1986 um 13,79 Millionen DM zurückgingen. Wie der Minister vor diesem Hintergrund dazu komme, den tatsächlich vorhandenen Investitionsstau als von interessierter Seite aufgebauscht zu bezeichnen, sei ihm, Arentz, aufgrund der Realitäten in den Krankenhäusern Nordrhein-Westfalens, aufgrund der Aussagen der Träger und aufgrund der Aussagen auch der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen absolut unverständlich. - Im Krankenhausbereich bestehe nach wie vor ein gravierender Investitionsstau. Die Tatsache, daß die Anmeldungen bei den Regierungspräsidenten zurückgingen, sei Ausdruck der Verzweiflung und nicht Ausdruck dafür, daß es besser geworden wäre. So einfach könne man es sich nicht machen.

Minister Heinemann habe argumentiert, die Probleme im Krankenhausbereich seien erst durch den Rückzug des Bundes aus der Förderung entstanden. Dem wolle er, Arentz, entgegenhalten, daß mit Zustimmung aller Bundesländer, also auch mit Zustimmung des Landes Nordrhein-Westfalen, die Mischfinanzierung aufgehoben worden sei und die Entlastung der Länder in anderen Bereichen in dem entsprechenden Jahr höher gewesen sei als das, was der Bund eingespart habe. Unter dem Strich hätten die Länder bei der Aufhebung der Mischfinanzierung 35 Millionen DM gewonnen.

Er finde es traurig, daß auch der vorliegende Entwurf des Sozial-etats wieder keinen Beitrag dazu leiste, neuen sozialen Herausforderungen gerecht zu werden. Dies wolle er insbesondere an der Frage festmachen, was die Sozialstationen und die Wohlfahrtsverbände bekämen. Für die Wohlfahrtsverbände sei eine ganz leichte Erhöhung zu verzeichnen, die allerdings lediglich eine Steigerung in Höhe von 10 % in den letzten sechs Jahren bedeute. Bei den Sozialstationen herrsche nach wie vor Stagnation. Bekanntlich seien die Sätze für die Bezuschussung der Mitarbeiter in Sozialstationen seit 1978 nicht mehr erhöht worden. Dabei sei er immer davon ausgegangen, daß man sich darüber einig sei, daß die Unterstützung ambulanter Hilfsangebote nicht nur menschlicher, sondern auch kostengünstiger als Heimunterbringung oder Krankenhausaufenthalt sei. Aus diesem Grunde werde auch nicht gespart, wenn das Budget hier nicht erhöht werde, sondern es würden auf anderen Feldern mehr Kosten verursacht, wenn man nicht im Bereich der Unterstützung ambulanter Hilfen und im Bereich der Unterstützung

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

hauptamtlicher und ehrenamtlicher Mitarbeiter mehr tue. - Auch insofern sei der Haushalt kein Beitrag dazu, die Zukunftsfähigkeit des sozialen Systems im Lande Nordrhein-Westfalen zu sichern.

Minister Heinemann kann die in den Ausführungen des Abg. Arentz zum Ausdruck gekommenen Ansichten nicht teilen. Beispielsweise berücksichtige dieser, wenn er von einer Kürzung der Beträge für Alteneinrichtungen spreche, nicht, daß hier wie in anderen Bereichen in den letzten Jahren mit Sicherheit eine steigende Bedarfsdeckung zu verzeichnen sei. Die Träger sprächen von einem Bedarf an Plätzen in Behinderteneinrichtungen von 8 000 bis zum Jahre 1990. Mit dem Etat 1987 werde man wie in diesem Jahr 2 000 Plätze finanzieren können. Damit verbleibe bis 1990 die Finanzierung von 6 000 Plätzen, die bis zu diesem Zeitpunkt sicherlich auch geschaffen werden könnten. Bis heute gebe es im übrigen - das hätten ihm die Landschaftsverbände versichert - keinen abgewiesenen nach einem Platz in einer Behinderteneinrichtung nachfragenden Behinderten, obwohl in der einen oder anderen Einrichtung zugegebenermaßen eine starke Belastung konstatiert werden müsse.

Für das Krankenhausbauprogramm stünden 1987 gegenüber dem Vorjahr 50 Millionen DM mehr an Barmitteln zur Verfügung; der Etat sehe überdies Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 700 Millionen DM vor. Damit werde der Bedarf vieler Antragsteller gedeckt werden können. Bei dem von Abg. Arentz so hervorgehobenen Antragsstau müsse berücksichtigt werden, daß in diesen auch die gewünschten Investitionen eingingen, die vielfach mit dem, was finanziert werden könne, nicht in Übereinstimmung stünden, weil Forderungen erhoben würden, die nicht mit einer sparsamen Wirtschaftsführung des Landes vereinbar seien. Dabei wolle er hervorheben, daß im laufenden Haushaltsjahr medizinische Großgeräte vom Land in einer Weise finanziert würden, wie dies in vielen anderen Ländern der Bundesrepublik nicht festgestellt werden könne.

Mit den bereitstehenden 700 Millionen DM werde man einen großen Teil der jungen Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchten und ihn nicht fänden, sicherlich unterbringen können. Mit diesem Beitrag stelle Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich mehr als jedes andere Bundesland und mehr als der Bund zur Verfügung. Dabei wolle er anmerken, daß er es sicherlich lieber sähe, wenn man auf diesem Feld das Geld nicht benötigte und es in anderen sozialen Gebieten ausgeben könnte. Aber leider ließe dies die Arbeitsmarktsituation nicht zu; zunehmende Probleme bereite hier nicht zuletzt auch die sogenannte "zweite Schwelle". Hier versuche man mit den eingestellten Mitteln 3 000 Mädchen zu helfen, die nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz suchten.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Bei all den Wünschen und Forderungen, die Abg. Arentz in seinem Beitrag erhoben habe, habe dieser es allerdings unterlassen, die notwendigen Deckungsvorschläge zu machen.

Abg. Rösenberg (CDU) greift einen der vielen Aspekte, die bei der Vorlage eines Sozialplans eine Rolle spielten, auf, nämlich den der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs. In der Vorlage 10/581 werde die Situation in diesem Bereich beschrieben; dabei komme der Minister zu dem Schluß, daß das Fundament für die Arbeit auf diesem Feld nach wie vor das Landesdrogenprogramm aus dem Jahre 1980 darstelle. Die CDU habe die von der Landesregierung unternommenen Schritte gegen den Drogenmißbrauch prinzipiell mitgetragen.

Inzwischen habe sich gezeigt - so die Vorlage 10/581 -, daß mit den in dem Programm enthaltenen Schwerpunkten allein der Drogengefährdung nicht entscheidend entgegengewirkt werden könne. Diese Feststellung bedeute für ihn ein verklausuliertes Eingeständnis, daß Dinge, die auf den Weg gebracht worden seien, entsprechende positive Ergebnisse nicht gezeitigt hätten. Das nehme er hin. Er könne es aber nicht hinnehmen, daß die Konsequenz, die daraus gezogen werden müßte, nämlich Perspektiven zu entwickeln, um konkrete Verbesserungen zu erzielen, fehle. Es würden zwar einige Punkte beschrieben, allerdings vermisse er das Aufzeigen neuer Gesichtspunkte, die Wege und Möglichkeiten eröffneten, den Drogengefahren entschiedener und mit positiveren Ergebnissen als bisher entgegenzuwirken.

All dies veranlasse ihn zu der Frage, welche neuen Zielvorgaben der Minister in diesem Bereich erkenne und wann die angekündigte Fortschreibung des Drogenbekämpfungsprogramms dem Ausschuß vorgelegt werde.

Minister Heinemann verweist auf das in Kürze stattfindende zweitägige Symposium, an dem Experten auch aus dem Ausland, nicht zuletzt aber auch die Drogenbeauftragten der Länder und Vertreter des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit teilnähmen. Die Ergebnisse dieses Symposiums werde man sehr sorgfältig aufarbeiten und sie mit den anderen Bundesländern und der Bundesregierung abstimmen, um dann zu Vorschlägen für den Ausschuß und zu Entscheidungen in diesem Bereich zu kommen. Dieses Thema müsse insgesamt mit großem Fingerspitzengefühl angegangen werden; denn es gehe um Menschen, die, erhielten sie keine Hilfestellung, dem Tod geweiht wären.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Auf die Ausführungen des Abg. Arentz eingehend, bezeichnet es Abg. Reymann (SPD) als das gute Recht eines Oppositionspolitikers, einen von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf zu kritisieren. Allerdings hielte er es für hilfreich, wenn dabei gleichzeitig Vorstellungen entwickelt würden, wie es denn die Opposition, wäre sie in der Regierung, anders machen würde.

Man könne sich darüber streiten, ob der Landeszuschuß für die einzelne Vollkraft in Sozialstationen hoch genug sei. Aber man könne nicht behaupten, die Sozialstationen könnten nicht arbeiten, weil der Landeszuschuß nicht angemessen sei. Er, Reymann, wisse aus Erfahrung, daß die Krankenkassen entsprechende Leistungen breitgefächert anböten; dabei seien die Kosten insgesamt gesunken. Wenn man all dies bei der Würdigung der Situation der Sozialstationen unberücksichtigt lasse, könne man seines Erachtens auch keine Beurteilung abgeben.

Abg. Arentz (CDU) äußert, das, was bei den Regierungspräsidenten hinsichtlich des Krankenhausbereichs angemeldet sei, stelle auch nach Angaben von großen Trägerorganisationen von Krankenhäusern nur die Spitze des Eisbergs des wirklichen Bedarfs dar, weil viele Häuser, die seit 1978, 1979 oder 1980 mit ihrer Anmeldung beim Regierungspräsidenten in der Warteschlange stünden, die Lust daran verlören, immer wieder neue Anträge zu stellen und Geld dafür auszugeben, um die Antragsunterlagen entsprechend zu fertigen. Es sei also unbestreitbar, daß es hier große Probleme gebe, die man zu lösen versuchen sollte.

Er gebe zu, daß ein Rest Spekulation bleibe. Unter dem, was insgesamt angemeldet werde, befinde sich sicherlich das eine oder andere, das nicht unbedingt notwendig sei. Aber mit dem gleichen Recht könne dann auch gesagt werden, daß mindestens in gleicher Höhe noch einmal Bedarf vorhanden sei, der nicht angemeldet sei, weil die Träger entsprechende Erfahrungen gemacht hätten.

Die 700 Millionen DM zur Förderung der Ausbildung seien nichts anderes als der leider Gottes notwendige Versuch, die Folgen der eigenen Politik zu reparieren. In süddeutschen Bundesländern seien Programme mit einem solchen Mitteleinsatz nicht notwendig, und das Verhältnis von offenen Lehrstellen und Lehrstellenbewerbern sei dort um ein Mehrfaches günstiger als in Nordrhein-Westfalen.

Berlin gebe 1987 17 Millionen DM für seine Sozialstationen aus, das Land Nordrhein-Westfalen 27,9 Millionen DM; hier stimmten also die Proportionen nicht mehr. Die SPD wäre doch sicher genauso froh wie er, wenn es möglich wäre, etwa den Schlüssel von 1 : 5 000 je nach den Problemlagen zu differenzieren; denn auf

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

dem Lande möge es ganz anders aussehen als im Ballungsraum mit anderen Familienstrukturen. Aber für all dies fehle in diesem Haushalt der Spielraum; und er wolle deutlich machen, daß diese Situation verbessert werden müsse.

Minister Heinemann erinnert daran, daß sich heute die Lage der Sozialstationen ganz anders darstelle als früher; denn inzwischen übernähmen auch die Krankenkassen erhebliche Kosten, und es sei auch Aufgabe der Krankenkassen, in diesem Bereich Verpflichtungen zu übernehmen, weil sie durch die Arbeit der Sozialstationen erhebliche Beträge einsparten. Von daher gehe es den Sozialstationen heute mit Sicherheit nicht schlechter als zu der Zeit, als das Land vielleicht mit einem im Verhältnis etwas höheren Betrag gefördert habe, die Krankenkassen aber überhaupt nicht finanziert hätten.

Über die Krankenhausfinanzierung und das vorzulegende Krankenhausgesetz werde es sicher noch manche Diskussion geben. Es stelle sich aber die Frage, ob dies ein geeignetes Wahlkampfthema sei, wenn man an die Menschen denke, die im Krankenhaus Hilfe suchten.

Im Hinblick auf die 700 Millionen DM zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation habe Abg. Arentz einen Vergleich zu süddeutschen Bundesländern angestellt. In diesem Zusammenhang aber müßten, wenn man schon Vergleiche anstelle, die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen auch mit denen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein verglichen werden. - Er habe vor kurzem noch mit Ministerpräsident Späth über die Politik im Lande Nordrhein-Westfalen diskutiert und habe dabei bei Späth größere Objektivität feststellen können, als sie offenbar in der CDU-Ausschußgruppe herrsche. Denn dieser habe bestätigt, daß es ein Land wie Baden-Württemberg von seiner Struktur her viel leichter habe als Nordrhein-Westfalen. Im übrigen müsse auch konstatiert werden, daß Nordrhein-Westfalen den Aufbau der Industrie in Bayern quasi mitfinanziert habe. Er, Heinemann, jedenfalls sei froh, daß es im Kabinett gelungen sei, diese 700 Millionen DM für ausbildungssuchende junge Menschen einzusetzen.

Frau Abg. Hieronymi (CDU) hebt darauf ab, daß Minister Heinemann davon ausgehe, daß mit einem Investitionsvolumen von 1 Million DM 20 Arbeitsplätze gesichert würden. In diesem Zusammenhang müsse allerdings die Frage gestellt werden, ob der Minister glaube, daß die Arbeitsplatzsicherung durch Investitionsmaßnahmen nur im Krankenhausbereich möglich sei.

Des weiteren interessiere sie, in welcher Relation nach Meinung des Ministers die Wünsche im Krankenhausbereich zu den tatsächlich bewilligten Anträgen stünden. Sie komme aus einer Stadt, in der in diesem Jahr 7 % der Anträge bewilligt worden seien; und dies liege durchaus im Landesschnitt.

Das Land stelle den Bildungswerken pro behindertem Jugendlichen über zwei Jahre einen monatlichen Zuschuß in Höhe von 250 DM zur Verfügung. Ein solcher Zuschuß sei sicherlich immer hilfreich. Die Frage sei nur, in welchem Umfang hier ein reiner Mitnahmeeffekt unterstellt werden müsse und ob es nicht sinnvoller wäre, dieses Geld für die begleitende Integration ins Berufsleben einzusetzen.

Die Abgeordnete bittet dann um Auskunft, in welcher Höhe die Anträge der Wohlfahrtsverbände lägen und inwieweit die Situation des DPWV habe berücksichtigt werden können.

In der schriftlichen Einführung spreche sich der Minister gegen die Notwendigkeit eines gesonderten Programms für Kurzzeitpflegeplätze aus. Jeder, der als Träger oder als Sozialpolitiker mit den Problemen konfrontiert sei, wisse aber, daß es im Bereich der Altenhilfe und der Hilfe für Behinderte einen immensen Bedarf an Kurzzeitpflegeplätzen gebe, daß die vorhandenen Einrichtungen, weil sie kostenrechnend arbeiteten, nicht in der Lage seien, entsprechende Plätze vorzuhalten. Deshalb könne in diesem Bereich nur durch ein besonderes Programm geholfen werden.

Der Haushalt weise aus, daß die Einnahmen der Stiftung Wohlfahrtspflege durch die Spielbankabgabe erneut stiegen, daß aber der Griff des Finanzministers auf die Gelder, die den Alten und Behinderten zustünden, weitergehe und der Zuwachs bei der Spielbankabgabe in Höhe von 11 Millionen DM nicht an die Stiftung weitergegeben werde. Hierzu wolle sie in Erfahrung bringen, ob der Minister dies für richtig halte.

Minister Heinemann betont, er habe nie bestritten, daß Investitionen arbeitsplatzerhaltend und arbeitsplatzfördernd seien. Er wäre auch froh, wenn man manche nicht investive Ausgabe im Haushalt für Investitionen ausgeben könnte. Aber das Land habe eben auch gesetzliche Verpflichtungen, denen es nachkommen müsse.

Die Gefahr eines Mitnahmeeffekts gebe es bei allen Maßnahmen und Programmen. Er hoffe in dem von Frau Abg. Hieronymi herangezogenen Fall, daß man mit dem Landesarbeitsamt einen Weg gefunden habe, Mitnahmeeffekte auszuschalten.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Die Mittel für die Stiftung seien um einen wesentlichen Betrag erhöht worden. Bei der Entwicklung des Haushalts sehe er aber keine andere Möglichkeit, als so zu verfahren, wie derzeit verfahren werde. Im übrigen müsse berücksichtigt werden, daß die entsprechenden Mittel in den Haushalt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales eingestellt würden, aus dem eben auch die sozialen Aufgaben finanziert würden.

Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.) lobt die Aktivitäten des Ministers in bezug auf das Symposium zur Methadon-Problematik, hätte sich allerdings gewünscht, daß dieses Symposium vor den entsprechenden Aussagen des Ministers stattgefunden hätte. Im Rahmen eines Symposiums könne relativ ideologiefrei über die Problematik gestritten werden, was dem Thema auch angemessen sei.

Minister Heinemann habe ausgeführt, der vorgelegte Haushalt sei zwischen dem Notwendigen und dem Möglichen ausgeglichen. Er, Schaumann, dagegen halte den Haushalt für eine Bankrotterklärung für Politikgestaltung. Die Masse des an Finanzen Verfügbaren gehe gegen Null. Die Gestaltbarkeit sei auch im Sozialbereich dahin. Das bedaure er außerordentlich, weil es auch und gerade im Sozialbereich Notwendigkeiten gebe, die angesichts knapper Haushaltsmittel nicht befriedigt werden könnten.

In diesem Zusammenhang wolle er auf die Dotationen für die Wohlfahrtsverbände nur beispielhaft eingehen. Die Erhöhung, die der Entwurf vorsehe, sei nach Aussagen aller Beteiligten zu gering, um auch nur die laufenden Kostensteigerungen aufzufangen. Er hätte sich gewünscht, daß hier eine kräftigere Steigerung stattgefunden hätte.

Dagegen seien die Mittel für solche Maßnahmen erhöht worden, die man unter die Rubrik "Ideologie" subsumieren könne. Erhebliche Beträge würden für das Programm "Sozialverträgliche Technikgestaltung", für die Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes und für ein zu gründendes Institut "Arbeit und Technik" eingesetzt. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß die Arbeiten, die hier finanziert würden, von allen möglichen Instituten innerhalb und außerhalb des Landes bisher bereits geleistet würden; von daher sehe er hier einen unnötigen Doppelleffekt.

Unreflektiert sei der Bereich der AB-Maßnahmen und der Förderung von Ausbildungsplätzen fortgeschrieben worden, ohne zu beachten, daß ABM zur Lösung von Arbeitsmarktproblemen ein sehr schwieriges Instrument darstellten. Er jedenfalls finde im Haushaltsplanentwurf und in den Erläuterungen keine kritische Reflexion im Hinblick auf eine mögliche Veränderung solcher Fördermaßnahmen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Minister Heinemann werde nicht bestreiten können, daß im Krankenhausbereich zwischen dem auf dem investiven Sektor eigentlich Erforderlichen und dem, was aus Gründen der schlechten Haushaltslage nicht finanziert werden könne, eine deutliche Diskrepanz bestehe. Wie hoch diese Diskrepanz sei, darüber könne man trefflich streiten, weil die Schätzungen selbstverständlich interessengelagert seien.

Der Abgeordnete faßt zusammen, der Haushaltsplanentwurf 1987 sei eine Fortschreibung des laufenden, und schon dieser sei unausgewogen und sozialpolitisch verzerrt. Änderungen seien aus seiner Sicht allerdings auch nicht zu erwarten gewesen, weil die Sozialdemokraten nach dem Motto "Wir sind die Pächter des sozialen Gewissens" agierten, ihre tatsächlichen Verhaltensweisen aber andere seien.

Minister Heinemann stellt fest, man sei bei jedem Haushalt gezwungen, Schwerpunkte zu setzen; wollte man in jedem Bereich Ausgabensteigerungen bewilligen, ginge das immer über die Grenzen des Verfügbaren hinaus. Einen Schwerpunkt des vorliegenden Haushalts bilde die Hilfe für junge Menschen, die einen Arbeitsplatz suchten und nicht fänden. Ihm wäre lieb, wenn das Land diese Aufgabe vernachlässigen könnte, zumal es sich um eine solche handle, die eigentlich die Wirtschaft voll erfüllen müßte. Und nur weil die Wirtschaft das Problem aus eigener Kraft offensichtlich nicht lösen könne, springe das Land ein. Im übrigen habe auch der Bundeskanzler sein Versprechen nicht eingehalten, jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu garantieren. Die Wirtschaft und insbesondere das Handwerk machten sicherlich außerordentliche Anstrengungen in diesem Bereich; trotzdem seien sie bis heute bei weitem nicht den Notwendigkeiten gerecht geworden.

Die von Abg. Dr. Schaumann erwähnte Förderung der beiden Institute könne er nicht als "Ideologie" bezeichnen. Gerade das Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes habe in der Vergangenheit hervorragende Arbeit in der Beratung der Menschen geleistet, so daß er sich darüber freue, daß man es von seiten des Landes retten könne, nachdem der Bundeszuschuß gestrichen worden sei.

Ein 800 Millionen DM umfassendes Krankenhausbauprogramm werde mit Sicherheit eine ganz erhebliche Reduzierung des Bedarfs im Lande herbeiführen können. Er hoffe, daß nach der vom Bund in Aussicht genommenen Steuerreform die Einnahmen des Landes noch so seien, daß man in Nordrhein-Westfalen in der Weise fortfahren könne.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Abg. Goldmann (CDU) nimmt zu den Bereichen Flüchtlinge und Aussiedler Stellung. Zunächst sei immerhin festzustellen, daß die Kulturinstitutionen, wenn auch mit bescheidenen Mitteln, weiterarbeiten könnten. Insgesamt aber müsse auch hier eine Stagnation auf der Basis der Kürzungen des Jahres 1985 konstatiert werden. Insbesondere wolle er hervorheben, daß sich der Haushaltsplanentwurf mit den zur Verfügung gestellten Beträgen den neuen Aufgaben der Erhaltung des ostdeutschen Kulturguts nicht stelle. Während die Zahl der Aufgaben zunehme, verringerten sich die Mittel für diesen Bereich.

Besonders betroffen mache ihn die Tatsache, daß schon jetzt festgestellt werden müsse, daß im Bereich der Eingliederung nicht mehr genügend Mittel für den Nachhilfeunterricht der deutschen Aussiedlerkinder zur Verfügung stünden. Den Antrags- und Bewilligungsstopp, der hier ausgesprochen worden sei, halte er schlichtweg für einen Skandal. Wenn jetzt schon absehbar sei, daß die Mittel nicht ausreichten, sei zu fragen, aus welchen Gründen der ungenügende Ansatz für diese Eingliederungsmaßnahmen beibehalten werde, zumal in diesem Jahr 10 % mehr Aussiedler nach Nordrhein-Westfalen gekommen seien. Dieser Bereich müsse seines Erachtens finanziell voll abgedeckt werden, wenn sich nicht alle Fraktionen dem Vorwurf aussetzen wollten, daß das Parlament nicht einmal in der Lage sei, sicherzustellen, daß den jugendlichen Spätaussiedlern Nachhilfeunterricht zur Eingliederung erteilt werden könne.

Minister Heinemann führt aus, die Nachforderungen in diesem Bereich seien seinem Hause erst sehr spät bekanntgeworden, als die Beratungen über den Etatentwurf auch mit dem Finanzminister bereits abgeschlossen gewesen seien. Sicherlich werde überlegt werden müssen, wie man mit dem Ansatz im Jahre 1987 zurechtkommen könne.

Auf die Frage des Abg. Goldmann (CDU), ob es bei dem verfügbaren Antrags- und Bewilligungsstopp bleibe, antwortet Minister Heinemann, im Haushaltsplan 1986 seien keine zusätzlichen Mittel vorhanden.

Abg. Schmidt (SPD) meint, an die Rundumschläge des Abg. Arentz habe man sich inzwischen gewöhnt. Das gelte auch für das "obskure Heftchen" des Abg. Arentz, das sich mit den sozialen Leistungen beschäftige und draußen im Lande die Runde mache. Er hätte sich gewünscht, daß die heutige Diskussion etwas sachlicher geführt worden wäre. Mit "Miesmachen" allein jedenfalls sei bekanntlich keine Wählerstimme zu gewinnen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

In bezug auf die Sozialstationen sei festzuhalten, daß man gemeinsam für eine personelle Flexibilisierung gesorgt habe. Im übrigen solle Abg. Arentz einmal aufzeigen, wo denn die Sozialstationen seien, die sich nicht rechneten. Man könne gemeinsam stolz darauf sein, sowohl in der Ballungszone als auch auf dem Lande bei den Sozialstationen einen Deckungsgrad erreicht zu haben, der sich sehen lassen könne und der sich von Einrichtung zu Einrichtung auch finanziere.

Er sei froh darüber, daß der vorgelegte Haushaltsplanentwurf eine erhebliche Steigerung der Mittel für den Krankenhausbereich vorsehe, zumal der Gestaltungsspielraum im Haushalt insgesamt recht eng sei. Mit den vorgesehenen Mitteln jedenfalls lasse sich in dem Bereich ein ganzes Stück vorwärtskommen.

Er halte es für ein sinnvolles Verfahren, daß die freien Wohlfahrtsträger, so wie im Hinblick auf den laufenden Haushalt geschehen, auf der Grundlage ihrer Aktivitäten die zur Verfügung stehenden Mittel unter sich verteilten.

Auch er wünschte sich, daß der Stiftung Wohlfahrtspflege mehr Geld bereitstünde. Aber auch insoweit hätten die gemeinsamen Bemühungen des Ausschusses ein Stück mehr Land gezeigt. In diesem Zusammenhang brauche man sicher einen langen Atem, um zu erreichen, daß der volle Ansatz der Spielbankabgabe in die Stiftung eingestellt werde, wie es der Gesetzgeber 1984 auch gewollt habe. Allerdings dürfe man die inzwischen erzielten Erfolge in diesem Bereich nicht unberücksichtigt lassen.

Schließlich wolle er die Opposition fragen, wo denn die neuen sozialen Herausforderungen, von denen sie immer spreche, eigentlich lägen. Es könne doch nicht bestritten werden, daß im Hinblick auf das Sozialwesen eine gewisse Bedarfssättigung konstatiert werden müsse, die man einfach zu berücksichtigen habe. In der Vergangenheit habe das Land im Sozialbereich eine zukunftsbezogene Politik betrieben, die dazu geführt habe, daß die heutige Bedarfssituation in keiner Weise mehr mit der früherer Jahre verglichen werden könne. Die Bedarfslage habe sich in vielen Bereichen entspannt und zum Teil auch gewandelt. Wenn man vor diesem Hintergrund kräftige Erhöhungen vornähme, die vielleicht gar nicht abflößen, und sich überdies neuen sozialen Fragen stellte, dann hätte das eine "Erhöhungsorgie" zur Folge, die man sich einfach nicht leisten könne. - Abschließend fordert der Abgeordnete Abg. Arentz nochmals auf, aufzuzeigen, wo die neuen sozialen Felder lägen, von denen dieser gesprochen habe. Diese gingen auch nicht aus dem von Abg. Arentz verfaßten Buch hervor.

Abg. Arentz (CDU) kritisiert, daß Ausführungen von Vertretern der Opposition als "Miesmachen" disqualifiziert würden. Die Opposition brauche überhaupt nichts mieszumachen, weil der Haushalt mies sei; deshalb habe man den Haushalt auch nur in einigen Punkten zu beschreiben versucht.

Die 800 Millionen DM, von denen im Zusammenhang mit dem Krankenhausbereich immer geredet werde, kämen doch nur dadurch zustande, daß die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen von 300 auf 700 Millionen DM mehr als verdoppelt worden sei. Deshalb sei das ein Vorgriff auf die Zukunft, der im nächsten Haushaltsjahr nicht eingelöst zu werden brauche. Der Bedarf, der zur Zeit in einer Höhe von 2,6 Milliarden DM vorhanden sei, werde im Haushaltsjahr 1987 lediglich mit 100 Millionen DM bedient. Nach Meinung der CDU hätte man mit neuen Instrumenten der Finanzierung in diesem Bereich wesentlich mehr tun können, um sowohl den Krankenhäusern als auch den von Arbeitslosigkeit betroffenen Bauarbeitern zu helfen.

Auch Abg. Dreyer (CDU) hält den von Abg. Schmidt in die Diskussion gebrachten Vorwurf des "Miesmachens" für nicht passend, zumal gerade das, was die Sozialdemokraten derzeit im Bundestagswahlkampf betrieben, nach seiner Meinung mit den Worten "Angst machen, Miesmachen, Neid schüren" beschrieben werden könnte. Angesichts dieser Situation sei die CDU natürlich gefordert, klarzustellen, was wirklich sei, und in diesem Zusammenhang sei die Broschüre des Abg. Arentz verdienstvoll. Wenn den Sozialdemokraten die Wahrheit vor Augen geführt werde, sprächen diese gleich von "Rundumschlägen". Seines Erachtens müsse das in der Bevölkerung offensichtlich immer noch vorherrschende Vorurteil korrigiert werden, daß die Sozialdemokraten eine sozialere Politik betrieben.

In der Zeitung sei zu lesen gewesen, daß Abg. Schmidt die Art und Weise, wie mit der Stiftung Wohlfahrtspflege verfahren werde, kritisiere. Dieser Kritik könne er, Dreyer, sich nur anschließen; denn es müsse immer wieder betont werden, daß manches Mitglied des Landtags seinerzeit seine Zustimmung zu dem Spielbankgesetz nur unter der Voraussetzung gegeben habe, daß das Geld nicht in den Landeshaushalt fließe, sondern ganz bestimmten sozialen Zwecken vorbehalten bleibe. Die derzeitige Verfahrensweise müßte also als ein Betrug an denen, die es damals anders gewollt hätten, bezeichnet werden. Er jedenfalls werde sich nie mit der derzeitigen Regelung abfinden, auch wenn jetzt die Einnahmen der Stiftung Wohlfahrtspflege stiegen.

Abg. Schmidt habe lange Ausführungen über eine angebliche Bedarfsdeckung im sozialen Bereich gemacht, dabei aber völlig aus den Augen verloren, daß es inzwischen eine Fülle von neuen Bedarfen

gebe. In diesem Zusammenhang sollte die SPD einmal nach Berlin blicken, was dort trotz eingeschränkter Haushaltsmöglichkeiten auf sozialem Gebiet alles getan werde, um den neuen sozialen Herausforderungen zu begegnen. Das sei beispielgebend.

Seit 1975 komme das Land Nordrhein-Westfalen seinen gesetzlichen Verpflichtungen im Krankenhauswesen nicht nach. Die Krankenhäuser hätten vielfach resigniert, weil sie im Lande keinen verlässlichen Partner mehr sähen. In einer Anhörung der CDU-Fraktion seien die Träger gefragt worden, was sie von einer Annuitätsfinanzierung hielten. Darauf hätten diese geantwortet, ein Land, das so lange seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkomme, sei in dieser Frage für sie nicht mehr glaubwürdig. - Die Behandlung des Krankenhauswesens durch das Land sei symptomatisch dafür, wie in diesem Lande soziale Infrastruktur geradezu zerschlagen werde.

Abg. Dr. Schaumann (F.D.P.) merkt zur Steuerpolitik des Landes an, daß er zuverlässig davon ausgehe, daß die jetzige Bundesregierung fortgesetzt werde und die geplanten Steuersenkungen stattfinden. Vor diesem Hintergrund sei es eigentlich waghalsig, den Parameter "geplante Steuersenkungen des Bundes" nicht in die Haushaltsüberlegungen des Landes Nordrhein-Westfalen mit aufzunehmen. Nun könne von seiten der Landesregierung argumentiert werden, die geplanten Steuersenkungen seien eine unsoziale Tat, weil sie die Verfügungsmasse des Landeshaushalts schmälerten; aus der Sicht der Opposition im Landtag Nordrhein-Westfalen aber stellten diese Steuersenkungen eine höchst kluge Tat dar, weil die Verfügungsmöglichkeit über das Geld an die zurückgegeben werde, die es auch tatsächlich verdienten. Die F.D.P. halte allemal mehr von der Entscheidungskompetenz des einzelnen als von staatlicher Bürokratie.

Was die Dotationen für die Wohlfahrtsverbände angehe, vertrete er auch die in den Ausführungen des Abg. Schmidt zum Ausdruck gekommene Meinung. Der Ausschuß sollte keinesfalls regulierend in die "Schlüsselkämpfe" eingreifen. Allerdings könnte der Ausschuß die Wohlfahrtsverbände einmal einladen, um mit ihnen über die hinter den Schlüsseln stehenden Aufgabenerledigungsspektren zu reden. Vielleicht brächte das die Verbände dazu, einmal darüber nachzudenken, ob sich eventuell Aufgabenverschiebungen ergeben hätten, die man anders bewerten müsse, als das in der Vergangenheit geschehen sei.

Das Problem der generellen Erhöhung der Dotationen bekäme man in den Griff, wenn man beispielsweise auf die Finanzierung der von ihm als "Ideologie" bezeichneten Felder verzichtete, wenn man also etwa die 15 Millionen DM für das Programm "Sozialverträgliche Technikgestaltung" in die Erhöhung der Dotationen einbrächte. Man habe

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

im Lande Nordrhein-Westfalen geübte Verbände, was die Aktivitäten im sozialen Feld angehe; das sei sehr positiv. Negativ allerdings müsse gesehen werden, daß das Land diese Verbände nicht hinreichend stütze.

Die Frage neuer Bedarfe sei bei einer Haushaltsberatung nur unzulänglich einzufangen, weil sich neue Bedarfe fließend ergäben. Er sei aber der Überzeugung, daß die Wohlfahrtsverbände in der Abschätzung neuer Bedarfe, und zwar auch im Laufe eines Haushaltsjahres, sehr viel flexibler reagieren könnten als ein Ministerium oder auch als ein Haushaltsgesetzgeber. Von daher hielte er sehr viel davon, wenn die Verfügungsmittel dieser Verbände erhöht würden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, flexibel zu reagieren.

Abg. Gregull (CDU) legt dar, Minister Heinemann habe festgestellt, der Bund habe sich aus der Investition im Krankenhauswesen zurückgezogen. Die gleiche Aussage habe der Fraktionsvorsitzende der SPD in der ersten Beratung des Haushaltsplans im Plenum gemacht. Abg. Arentz habe zu Recht darauf hingewiesen, daß dieses Zurückziehen des Bundes durch andere Leistungen kompensiert worden sei, wobei unter dem Strich für die Länder noch ein Plus herausgekommen sei. Zu diesem Punkt erwarte er ein klärendes Wort des Ministers.

Minister Heinemann betont, der Bund - und diese Kritik richte sich auch an die frühere SPD/F.D.P.-Bundesregierung - habe das Drittel, zu dem er nach der Mischfinanzierung verpflichtet gewesen wäre, nicht erfüllt. Und das, was der Bund in diesem Zusammenhang zugesagt habe, sei weder früher eingehalten worden noch werde es heute erfüllt. Er wolle damit zum Ausdruck bringen, daß die Leistungen des Landes im Krankenhauswesen heute wesentlich höher lägen als früher. Und der Kritik des Abg. Arentz, es handle sich bei den in den Haushaltsplanentwurf 1987 eingestellten 800 Millionen DM zum ganz überwiegenden Teil um Verpflichtungsermächtigungen, könne er nur entgegenhalten, daß es kaum möglich wäre, daß diese gesamten 800 Millionen DM, wären sie ausschließlich Baransatz, im Jahre 1987 abfließen. - Abg. Arentz (CDU) wirft ein, nach Aussagen der Fachleute im Ministerium könnten in diesem Jahr ohne Schwierigkeiten 300 Millionen DM abfließen.

Minister Heinemann fährt fort, er sei jedenfalls sehr froh darüber, daß er durch die Verpflichtungsermächtigungen einen derartigen Spielraum habe. Im übrigen müsse in der Diskussion auch berücksichtigt werden, daß es nie möglich sein werde, Programme dieser Art anders als auch mit Verpflichtungsermächtigungen aufzustellen.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
18. Sitzung

24.09.1986
sr-mm

Die Aussage des Abg. Dreyer, in Nordrhein-Westfalen werde die soziale Infrastruktur zerstört und das Land komme seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nach, könne er nur zurückweisen. Und seinem Rat, einmal nach Berlin zu blicken, wolle er entgegenhalten, daß der dortige Sozialsenator zwar sehr viele Dinge formuliere, hinter denen dann aber oft nicht viel stecke.

Wenn die von der jetzigen Bundesregierung geplante Steuerreform tatsächlich in Kraft träte, hätte dies nach seiner Auffassung eine Arbeitsplatzvernichtung zur Folge. Wenn Steuerausfälle dann, wie geplant, zum Teil durch Mehrwertsteuererhöhungen abgefangen würden, halte er das, was dabei herauskomme, für noch unsozialer als den gegenwärtigen Zustand.

Wer eine solche Kritik - und nur soviel zu Abg. Dreyer - einfach unter "Neid schüren" subsumiere, mache es sich zu einfach. Wer es als "Neid schüren" abtue, wenn man sich um ein Stück mehr Gerechtigkeit bemühe, sollte sich aus der Sozialpolitik verabschieden.

Im übrigen müßte dieser maßvolle Haushalt von der Opposition positiv bewertet werden; denn wenn tatsächlich die geplante Steuerreform durchgesetzt werden sollte, werde das Land derartige Einbrüche erleben, daß die Haushaltsaufstellung noch wesentlich schwieriger als bisher schon sein werde, weil die Verfügungsmasse der Länder wesentlich geringer werde.

Abg. Dreyer (CDU) verdeutlicht, er habe von "Neid schüren" und nicht von dem Bemühen um soziale Gerechtigkeit gesprochen. Wenn es um das letztere gehe, werde man die CDU immer an erster Stelle finden. "Neid schüren" aber sei das, wie von seiten der SPD gegenwärtig beispielsweise mit dem Thema "Trümmerfrauen" umgegangen werde. Jedermann wisse, daß es objektiv unmöglich sei, die Regelung, die für die nach 1921 geborenen Frauen gefunden worden sei, auf die vor diesem Zeitpunkt geborenen zu übertragen. Dennoch werde von seiten der SPD draußen im Lande der Eindruck erweckt, als handle die Bundesregierung bewußt ungerecht den vor 1921 geborenen Frauen gegenüber.
